

riales Asyl von 1977 habe dies die Bundesrepublik bereits getan. Das Scheitern dieses Vorstoßes hatte Schäuble als einen Hinweis darauf gelesen, daß Bemühungen, das deutsche Asylrecht auch anderen Staaten zur Übernahme zu empfehlen, scheitern müßten.

„Die Flüchtlinge halten Europa den Spiegel vor“

In dem Maße, wie in Weingarten gerade von juristischer Seite ein Anpassungszwang wegen der europäischen Intergration in Abrede gestellt wurde, zeigte sich, daß es sich im Kern um eine *politische* und weniger um eine *juristische* Auseinandersetzung handelt. Ausschlaggebend ist die Einschätzung, was in diesem Bereich der Bundesrepublik zumutbar ist und was sie selbst glaubt verkraften zu können. Obwohl gerade auch Kanzleramtsminister Schäuble sich in dieser Frage der Verkraftbarkeit nuanciert äußerte, hinterließ auch er den Eindruck, daß Politiker sich in dieser Frage oftmals weniger am tatsächlich Verkraftbaren orientieren als an dem, was Teile des Wählervolks für zumutbar bzw. für unzumutbar halten.

Erste Vergleiche der Asylrechtsbestimmungen verschiedener europä-

ischer Staaten zeigten im übrigen, daß – so singular die Bundesrepublik mit ihrer Asylrechtsgarantie auch dasteht – die sich daraus ergebenden Probleme unter den Ländern so verschieden nicht sind. Eine zu starke Fixierung auf die Frage Gesetzesvorbehalt – ja oder nein würde nicht nur die Tatsache verschleiern, daß – wie auch Schäuble eingestand – nicht nur die für eine Grundgesetzänderung erforderliche parlamentarische Mehrheit nicht vorhanden ist, sondern daß europaweit ähnliche Bestrebungen nach Verschärfung des Asylrechts bestehen, unabhängig davon, wie der konkrete asylrechtliche Ausgangspunkt aussieht.

In seiner Entschließung vom 12. März 1987 machte das *Europäische Parlament* auf einige strittige Punkte in dieser Hinsicht aufmerksam. In Weingarten nannte man verschiedentlich u. a. folgende: Durch weiter verschärfte *Visabestimmungen* könne das Asylrecht im Kern getroffen werden, wenn Asylbewerber daran gehindert würden, das Asylschutz gewährende Land überhaupt zu betreten. Bestehende oder noch einzurichtende *Schnellverfahren* für bestimmte Fälle, etwa mißbräuchliche bzw. offensichtlich unbegründete, sowie eine an sich wünschenswerte all-

gemeine *Straffung* und *Beschleunigung* der Asylverfahren dürften nicht zu einer nachhaltigen Minderung des rechtlichen Schutzes für Asylbewerber führen. Die Einführung eines europaweiten *Ausländerzentralregisters* auf der Basis elektronischer Datenverarbeitung müsse auch datenschutzrechtlichen Kriterien genügen. Zollstellen und *Fluggesellschaften* dürfe keine Verantwortung zugeschoben werden, die allein dazu geschaffenen Behörden mit qualifizierten Mitarbeitern zu komme.

An Punkten wie diesen und weniger an der Frage, ob der Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 GG einen Gesetzesvorbehalt erhält oder nicht, wird sich in den nächsten Monaten das Schicksal des Asylrechts gerade auch auf europäischer Ebene entscheiden. In Weingarten gab man sich in dieser Hinsicht *wenig optimistisch*. Der Direktor für Menschenrechte des Europarats, *Peter Leuprecht*, sprach von der spürbaren Tendenz, daß sich das „reiche Europa mit seinem Reichtum wie in einer Festung einmauern“ könnte: „Die Flüchtlinge halten uns den Spiegel vor: Was für ein Europa wollt ihr? Sorgen wir dafür, daß wir uns der Menschenrechtserklärung von 1789 – 200 Jahre danach – nicht schämen müssen.“ K. N.

Ein Streit um die Identität

Österreichs Kirche nach den jüngsten Bischofsernennungen

In den Auseinandersetzungen um die Bischofsernennungen für Salzburg und Feldkirch (vgl. HK, Februar 1989, 57–59) geht es letztlich um die Frage, wie der künftige Kurs der katholischen Kirche in Österreich aussehen soll. Ist die „Ära König“ eines offenen, pastoral flexiblen Katholizismus zu Ende? Welche Strömungen werden künftig das Profil der Kirche in Österreich prägen? Fritz Csoklich gibt einen Durchblick zum gegenwärtigen Diskussionsstand.

„Daß der Papst einfache Landgeistliche auf die Bischofsstühle hievt in altraffinierten Städten wie Wien und nun Salzburg, könnte schon seinen guten Sinn haben, nämlich jenen der Provokation einer katholischen Intelligentsia, die sich einen Bischof ihresgleichen wünscht, weltläufig, aufgeklärt, fortschrittlich. Der Papst will vielleicht sagen: Das ist nicht der Kern des Christentums. Der Glaube ist

nicht weltläufig, nicht liberal, nicht progressiv – sondern eben christlich. Ich setze euch diesen Hermann Groer in Wien hin und den Georg Eder in Salzburg und den Opus-Dei-Mann Klaus Küng in Vorarlberg, damit ihr das einmal merkt. Das wird der Papst doch noch dürfen. Es ist sein Beruf, daß er auf den Glauben schaut und nicht auf die Zeitungen.“

Dieses Zitat stammt nicht, wie man meinen möchte, von einem traditionalistischen Wortführer, sondern von *Günther Nennung*, dem österreichischen Provokateur und Dialektiker vom Dienst, der nach einer sozialdemokratischen, katholischen, marxistischen, radikaldemokratischen und grünen Phase jetzt die Frömmigkeit für sich entdeckt hat. Sein Wort birgt, wie so oft bei seinen provokatorischen Äußerungen, einen wahren Kern: Wenn die jüngsten Bischofsernennungen in Österreich plausibel

machen könnten, daß nach einer Periode der Liberalität, der Öffnung und Weltläufigkeit ein *betont frommer Kontrapunkt* gesetzt wird, wäre in der Sache wenig gegen eine solche Strategie einzuwenden, und vielleicht entwickelt sich der eine oder andere neuernannte Bischof tatsächlich in diese Richtung.

Verbreiteter Unmut in katholischen Kernschichten

Die Vorgangsweise bei den Bischofsbestellungen in Österreich fordert indessen nach wie vor den Widerspruch vieler Katholiken heraus. Denn wenn das Domkapitel von Salzburg auf seine Einwände und Bitten um eine Aussprache nicht einmal eine Antwort erhält, wenn die Proteste der Vorarlberger ohne jeden Versuch eines Gesprächs mit der Bestellung jenes Mannes beantwortet werden, gegen den sie zwei Jahre lang opponiert hatten, dann überzeugt das Argument mit der Frömmigkeit nicht. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß doch der Nuntius in Wien zahlreiche Priester und Laien befragt habe, wird damit der Unmut, ja der offene Zorn in katholischen Kernschichten keineswegs besänftigt, denn das Ergebnis dieser Befragungen ist durch die Nominierung der neuen Bischöfe offensichtlich mißachtet worden. Auch die Meinung der bisher residierenden Diözesanbischöfe wurde in den Wind geschlagen. So fragen sich viele in der Kirche, was von der vom Konzil beschworenen Kollegialität der Bischöfe noch übriggeblieben ist. In einem Kommentar der „Vorarlberger Kirchenzeitung“ hieß es zur Bestellung des neuen Diözesanbischofs, der Hauptvorwurf vieler Kritiker richte sich gegen den Apostolischen Nuntius in Österreich, Erzbischof *Michele Cecchini*. Offensichtlich lasse dieser die von ihm selbst durchgeführten Umfragen außer acht und beantworte nicht einmal die Briefe eines Diözesanbischofs. In dem Kommentar wird auch die Stellungnahme eines Vorarlberger Priesters zitiert, der wörtlich sagte: „Daß kein Priester aus der Diözese das uneingeschränkte Vertrauen des Papstes genießen soll, heißt doch, daß die gesamten seelsorglichen Bemühungen der letzten 20 bis 30 Jahre letztlich falsch oder fragwürdig beurteilt werden.“

Zur Verteidigung der Vorgangsweise wurde auch in Österreich der Hinweis vorgebracht, daß bei der Bestellung der Bischöfe das Kirchenrecht und das Konkordat genau eingehalten worden seien. In einem offenen Brief wandten sich die Professoren *Inge Gampl* und *Richard Potz* vom Institut für Kirchenrecht der Universität Wien gegen diese Argumentation. In ihrem Brief stellten sie fest, es sei in dieser Allgemeinheit falsch, wenn behauptet werde, daß der Papst in der römisch-katholischen Kirche die Bischöfe frei ernenne: „Ein freies Ernennungsrecht übt der Bischof von Rom nicht im Rahmen seines primatialen Amtes, sondern als Patriarch der lateinischen Kirche aus. Die in Arbeit befindliche Kodifikation des katholischen Ostkirchenrechtes sieht auch weiterhin die synodale Wahl der Bischöfe vor. Die Mitwirkung des Heiligen Stuhles

beschränkt sich darauf, einzelnen Kandidaten auf laufend vorgelegten Listen den ‚Assens‘ zu verweigern. Die erfolgte Wahl bzw. die Annahme durch den Gewählten wird Rom dann nur noch mitgeteilt.“ Zur gegenwärtigen Vorgangsweise bei den Bischofsbestellungen erklärten die beiden Kirchenrechtler: „Eines scheint auch nach geltendem allgemeinen Kirchenrecht bzw. Konkordatsrecht sicher: Das offensichtliche Nichtbeachten der vorgelegten Kandidatenlisten des Salzburger Domkapitels bei Erstellung des Dreier-Vorschlages durch den Heiligen Stuhl muß als Ausdruck eines deutlichen Mißtrauens oder zumindestens massiver Kommunikationsschwierigkeiten gewertet werden. Dies zu beheben ist sehr wohl ein Dienst der Kirche.“

Die neue Strategie stößt auf Grenzen

Instinktiv spüren freilich viele Katholiken in Österreich, daß es nicht nur um kirchenrechtliche Probleme geht, sondern um die viele Gläubige direkt berührende Frage, wie die *Grundrichtung der Kirche* für die künftigen Jahre und Jahrzehnte gestaltet werden soll. Schon bei seiner Ansprache im Juni 1987 an die anlässlich des ad-limina-Besuches in Rom versammelten österreichischen Bischöfe (vgl. HK, August 1987, 376–379) ließ Papst Johannes Paul II. erkennen, daß er eine Kurskorrektur will: Mehr doktrinäre Strenge, weniger Pluralismus, mehr Widerstandsmut in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und weniger „Pastoralismus“, wie er in Österreich seit Jahrzehnten in besonderer Weise gepflegt worden ist. Schon die ersten Wortmeldungen der neubestellten Bischöfe ließen erkennen, was sie sich darunter vorstellten. Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß diese ersten Wortmeldungen gewiß auch von mangelnder medialer Erfahrung gezeichnet waren, so daß vermutlich nicht alles wörtlich zu nehmen ist. Es ist auch zu berücksichtigen, daß clevere TV-Reporter und Interviewer diverser Boulevardzeitungen mit allen Mitteln versuchten, in der aufgeheizten Stimmung möglichst griffige Aussagen herauszulocken, um die Kirche wieder in jene reaktionäre Ecke stellen zu können, die sie während der König-Ära mit Erfolg verlasen hatte.

Gleichwohl ergeben beispielsweise die Äußerungen des neuen Erzbischofs von Salzburg, *Georg Eder*, über Aids als „Strafe Gottes“, über die Gefährdung des Friedens durch den gottlosen Bolschewismus, über das Weltfreimaurertum und den „krankhaften Feminismus“ ein Weltbild, das seltsam antiquiert anmutet. Der neuernannte Bischof von Vorarlberg, der bisherige Regionalvikar von Opus Dei in Österreich, *Klaus Küng*, erwies sich bei seinen ersten Auftritten im Fernsehen ungleich gewandter, ließ sich aber doch dazu verleiten, für eine Revision des Fristenlösungsgesetzes öffentlich einzutreten – eine Forderung, die postwendend von allen politischen Parteien einschließlich der ÖVP abgelehnt wurde. Küng stellte darauf wenige Tage später fest, er sei gegen eine Rückkehr zum alten Paragraphen 144, der die Strafbarkeit der

Abtreibung festlegte, doch trete er dafür ein, in einem größeren Ausmaß das werdende Leben zu schützen.

Schon diese ersten Artikulationsversuche eines „neuen Kurses“ in der Kirche von Österreich zeigten deutlich, wie eng die Grenzen einer „nachdrücklicheren Strategie“ in der Realität sind und wie leicht es dabei zu Mißverständnissen aller Art, zum Wiederaufleben alter, überwunden geglaubter Ressentiments und zu vielfältiger Polarisierung kommen kann. In der Flut von Erklärungen, die Bischöfe und kirchliche Gremien, Laien-Funktionäre und katholische Verbände in diesen Wochen abgaben, ist zu erkennen, wie tief nicht nur die außerkirchliche, sondern auch die innerkirchliche Öffentlichkeit durch die Vorgänge aufgewühlt wurde. Besonders groß war und ist die Erbitterung zahlreicher altgedienter Pfarrer, die sich gegen den Eindruck wehren, als wäre in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in der Seelsorgearbeit nichts geschehen oder alles falsch gewesen. Wie tief die Empörung reicht, mag der Umstand zeigen, daß der Altlandeshauptmann von Salzburg, *Hans Lechner*, an einem Schweigemarsch von etwa 2000 Gläubigen unter dem Motto „Kirche sind wir alle“ in Wien teilnahm, um gegen die Art und Weise der Bischofsernennungen zu protestieren. Die Leserbriefspalten der Tages- und Wochenzeitungen, aber auch der Kirchenpresse gaben eine Vorstellung davon, welche emotionelle Anteilnahme diese Auseinandersetzung in breiten Bevölkerungsschichten fand. Diese Tatsache bildete einen seltsamen Kontrapunkt gegenüber den gerade jetzt immer wieder geäußerten Cassandra-Rufen, die Kirche werde allmählich uninteressant in der Öffentlichkeit und sei in der Gefahr, zu einem Relikt am Rand der Gesellschaft zu verkümmern.

Auch Solidaritätsaktionen für die neuen Bischöfe

Der Wiener Weihbischof *Kurt Krenn*, dessen Ernennung im Jahr 1987 zu den ersten schweren Turbulenzen im kirchlichen Leben Österreichs geführt hatte, vertrat die Ansicht, die Kirche stehe „an einer entscheidenden Wende“. Eine neue Evangelisierung sei notwendig, da sich die Kirche nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, sondern die Menschen zur Bekehrung rufen müsse. Weihbischof Krenn, der sich in diesen Wochen auffallend häufig zu Wort meldete, wurde auf diese Weise zu einer Art „Wortführer“ jener kirchlichen Kreise, die die Bestellung der neuen Bischöfe – zum Teil enthusiastisch – begrüßten. Von Weihbischof Krenn stammt auch das Wort, in diesen Tagen sei in Österreich der Heilige Vater beleidigt worden, es würden aber auch die Bischöfe, die Priester, die Gläubigen, die einfachen, selbstverständlich christlich lebenden Menschen und Familien beleidigt: „Es wird unser Glaube beleidigt.“

Es kam auch zu einer *Solidaritätsaktion für die neuen Bischöfe*, an der nicht nur bekannte traditionalistische Gruppierungen wie „Una Voce“, sondern auch bisher völlig unbekannt gebliebene Kleingruppen wie die „Christliche

Notwehrgemeinschaft österreichischer Bauern, Arbeiter, Gewerbetreibender, Hausfrauen und Senioren“ teilnahmen, ohne daß ein Ergebnis dieser Aktion bekannt geworden wäre. Auch neugegründete Gruppen wie der „Linzer Priesterkreis“ oder „Pro Occidente“, die von sich behaupteten, der moralischen Unterstützung der „tatsächlich gläubigen Christen“ in ganz Österreich gewiß zu sein, meldeten sich zu Wort. Bemerkenswert war dabei, daß bei diesen Aktionen immer wieder die „neuen Bischöfe“ in einen gewissen Gegensatz zu den „alten Bischöfen“ gesetzt wurden, eine interessante sprachliche Parallele zum politischen Bereich, in dem der junge FPÖ-Bundesparteiobmann *Jörg Haider* schon seit Monaten eine „neue Politik“ gegenüber den „Altparteien“, den Sozialdemokraten und den Christdemokraten, fordert.

In der aufgeheizten Stimmung rief das *Präsidium der Katholischen Aktion Österreichs*, also des offiziellen Laienapostolates, die Katholiken auf, angesichts der jüngsten Ereignisse nicht zu resignieren, sondern die konziliare Vision einer Kirche der weltoffenen Türen und der weit ausgedehnten Arme trotz aller Schwierigkeiten in die tägliche Praxis umzusetzen. Das Präsidium äußerte sein Mißfallen über die Vorgangsweise der jüngsten Bischofsbestellungen, rügte aber auch antirömische Affekte, die in der Auseinandersetzung der letzten Wochen sichtbar geworden seien, und appellierte an die Mitarbeiter der Katholischen Aktion, ihr Engagement unverdrossen fortzusetzen.

Erinnerung an Kulturkampfzeiten

Unter den Stimmen zahlreicher Bischöfe, die in ähnlicher Weise zu Besonnenheit und Einigkeit mahnten, fielen Artikel des Wiener Weihbischofs *Helmuth Krätzl* auf, der in der „Furche“ an die Feststellung der deutschen Bischöfe aus dem Jahr 1875 erinnerte, die in einem Schreiben an den deutschen Reichskanzler Bismarck zu finden ist: „Es ist wahrlich nicht die katholische Kirche, in welcher der unsittliche und despotische Grundsatz, der Befehl des Oberen entbindet unbedingt von der eigenen Verantwortlichkeit, Aufnahme gefunden hat.“ Mit dieser Klarstellung reagierten die deutschen Bischöfe im Kulturkampf auf Befürchtungen Bismarcks, durch das Erste Vatikanische Konzil sei ein römischer Zentralismus und päpstlicher Totalitarismus zum Dogma erhoben worden. Der Reichskanzler hatte damals gemeint, die bischöfliche Jurisdiktion sei in der päpstlichen aufgegangen, die Bischöfe seien nur noch Werkzeuge des Papstes, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit. Die deutschen Bischöfe protestierten in einer gemeinsamen Erklärung gegen diese Ansicht und stellten fest, der Papst habe wohl eine höchste und direkte Amtsgewalt über die ganze Kirche, aber er sei nach katholischer Lehre „Bischof von Rom, nicht Bischof irgendeiner anderen Stadt oder Diözese, nicht Bischof von Köln oder Breslau usw.“ Kraft derselben göttlichen Einsetzung, worauf das Papsttum beruht, bestehe auch der Episkopat: „Auch er hat seine Rechte und Pflichten, vermöge der von Gott selbst getroffenen An-

ordnung, welche zu ändern der Papst weder das Recht noch die Macht hat.“ Bismarcks Interpretation der vollkommen absoluten Souveränität des Papstes beruhe „auf einem durchaus irrigen Begriff von dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit“.

An diese Erinnerung an Vorgänge vor 100 Jahren knüpfte der Rektor der Salzburger Universität, *Fritz Schweiger*, an, der durch seine Festspielhausrede beim Papst-Besuch bekannt wurde und der jetzt schrieb: „Mir persönlich ist es unerklärlich, wieso ein Papst aus Polen, einem Land, welches an einem Mangel an Freiheit und Mitbestimmung gelitten hat, so wenig das berechnete Verlangen nach Freiheit und Mitbestimmung in eben dieser Kirche anerkennt und fördert. Man muß darin die Chance erblicken, daß die innerkirchliche Diskussion über die hierarchische Struktur, die im wesentlichen Abbild vergangener feudaler Strukturen ist, weitergehen muß.“

Alle diese Stimmen zeugen von erstaunlicher Offenheit der Auseinandersetzung in der Kirche von Österreich, die bisher keine wie immer geartete Neigung zu „Aufmüpfigkeit“ gezeigt hatte. Dadurch könnte es zu einer gründlicheren Reflexion kirchlicher Identität in der nachkonziliaren Zeit kommen, und auch zu einer Gewissensformulierung, warum die Botschaft Christi in Mitteleuropa an Wahrheit und Kraft verloren hat und wie die Fähigkeit der Christen, ihren Glauben in Worten und im Leben zu bezeugen, gesteigert werden kann. Bedenklich sind allerdings die schon jetzt absehbaren Auswirkungen dieser innerkirchlichen Auseinandersetzung auf die *Beziehungen zu Andersgläubigen und Andersdenkenden*. So wurde es von nicht wenigen Katholiken als alarmierend empfunden, daß der evangelisch-lutherische Bischof für Österreich, *Dieter Knall*, ausgerechnet in diesen Tagen einen „Offenen Brief“ veröffentlichte, in dem er auf das Ansinnen reagierte, man möge eine neue „Los-von-Rom-Bewegung“ (die in der Geschichte Österreichs eine tragische Rolle spielte) beginnen. Bischof Knall antwortete in dem

offenen Brief, die evangelische Kirche sehe sich nicht berufen, Schwächen einer anderen christlichen Kirche taktisch oder faktisch zu ihren Gunsten auszunützen zu wollen, sie halte aber „ihre Tore für jene offen, die in evangelischer Kirchenordnung und Lehrentfaltung die neutestamentliche Überlieferung treuer bewahrt sehen und zur Grundlage ihres Lebens als Christen in dieser Welt nehmen wollen“.

Am 13. März: Wahl des neuen Vorsitzenden

Diese Aussage führte zu zahlreichen kritischen Reaktionen auf katholischer Seite, die wiederum heftige evangelische Gegenantworten provozierten. In einem Interview sagte Bischof Knall dazu, er habe den Eindruck, daß der nach dem Konzil einsetzende innerkirchliche Dialog nun erstickt werde. Für ihn sei diese Verengung ein neues, besorgniserregendes Phänomen: „Das Aggiornamento von Johannes XXIII. war das Faszinierende. Das wird jetzt zurückgenommen.“ Dieses Zwischenspiel zeigt, mit welcher Sorge und Sensibilität die Christen anderer Konfessionen die Vorgänge in der katholischen Kirche beobachten. Es zeigt sich aber auch, wie groß die Früchte der konziliaren Erneuerung und Versöhnung gewesen sind. Welchen Kurs die Kirche in Österreich künftig steuern wird, darüber wird zu einem wesentlichen Teil am 13. März entschieden. An diesem Datum, das für Österreich einen tragischen Klang hat, wird der neue Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz gewählt. De facto kommen nur zwei Kandidaten in Betracht: Entweder der Erzbischof von Wien, Kardinal *Hans Hermann Groer*, oder der Diözesanbischof von Graz, *Johann Weber*. Nach deutschem Vorbild könnte es sein, daß sich die Mehrzahl der österreichischen Bischöfe *nicht* für den hierarchischen Vorrang entscheidet. Über die personelle Frage hinaus wird diese Wahl weittragende Konsequenzen haben.

Fritz Csoklich

Ohne Agrarreform wächst die Unruhe

Die Kirche Brasiliens und die Landkonflikte

Die ungleiche Verteilung von Grund und Boden ist mit die bedrängendste soziale und politische Hypothek Brasiliens. Auch nach dem Ende der Militärbherrschaft ist die Agrarreform bislang nicht entscheidend vorangekommen. Die brasilianische Kirche, die sich die „Option für die Armen“ besonders intensiv zu eigen gemacht hat, engagiert sich vielfach zugunsten der Kleinbauern und Landarbeiter.

Zur Eröffnung der Adveniat-Aktion in die Bundesrepublik eingeladen, formulierte der aus Münster stammende brasilianische Bischof *Valfredo Tepe* OFM als möglichen

Beitrag der deutschen Kirche wie überhaupt der Kirchen der westlichen Welt eine „Pastoral für die Reichen“: „Wir in Brasilien, aber nicht nur wir, haben keine Antwort auf die Frage: Wie kann man die Reichen, die Satten bekehren?“ Mit der „vorrangigen Option für die Armen“ (die die Wohlhabenden nicht ausschließen) habe die Kirche Brasiliens und ganz Lateinamerikas einen folgenreichen Standortwechsel vollzogen, der dem Evangelium gemäß und unwiderruflich sei. Wenn die brasilianische Kirche mit diesem Schritt die Oberschicht – wie es aussehe – weit hin verloren habe, zeige dies die fehlende Bereitschaft der